Standortnationalismus, Rechtsextremismus und Zuwanderung

Autor(en): **Butterwegge, Christoph**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **21 (2001)**

Heft 41

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652173

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Christoph Butterwegge

Standortnationalismus, Rechtsextremismus und Zuwanderung

Der fast überall in Europa wieder aufflammende Nationalismus ist nicht von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abzulösen und ist fundiert nur im Zusammenhang mit der Weltmarktdynamik (der „Globalisierung") zu analysieren. Um auf Seiten demokratischer, linker und multikulturell orientierter Gegenkräfte die richtigen, Erfolg versprechenden Alternativen diskutieren zu können, bedarf es genauerer Kenntnisse über neue Formen und die Rolle des modernisierten Nationalismus im heutigen Kapitalismus.

Es wäre falsch, Rechtsextremismus als Desintegrationsphänomen oder Jugendprotest zu begreifen (vgl. Butterwegge 1996). Ihm geht es nämlich gar nicht um eine Negation, sondern um die – bis zur letzten Konsequenz getriebene, oft mit Gewalt erzwungene – Realisation gültiger Normen (Beurteilung einer Person nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit, Leistungsfähigkeit sozialen Angepasstheit u.a.m.) und gesellschaftlicher Funktionsmechanismen wie der Konkurrenz (vgl. Bott 1993). In diesem Beitrag wird ein Erklärungsmodell bevorzugt, das die Konkurrenz als Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, historische Erblasten der politischen Kultur sowie aktuell die Globalisierung bzw. neoliberale Modernisierung nicht nur des Wohlfahrtsstaates (Butterwegge 2001), sondern praktisch aller Bereiche der Gesellschaft für Rassismus, (Standort-)Nationalismus und rechte Gewalt verantwortlich macht. Der modernisierte Rechtsextremismus stützt sich ideologisch auf eine „Verklammerung von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus", die für populistische Anrufungen instrumentalisierbar ist: „Konstruktionen des Nationalen werden dann als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitsstaatliche Orientierungen zu überführen." (Dörre 2001, 79)

Ein „nationaler Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch), der kein herkömmlicher Wohlfahrtsstaat mit einer umfassenden Verantwortung für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit mehr sein will, verschärft durch seine marktradikale Wirtschaftspolitik die soziale Ungleichheit und bereitet damit den Resonanzboden für gesellschaftliche Ausgrenzungs- und Ethnisierungsprozesse. Je mehr die Konkurrenz in den Mittelpunkt zwischenstaatlicher und -menschlicher Beziehungen rückt, umso leichter lässt sich die ethnische bzw. Kulturdifferenz politisch aufladen. Dadurch greift ein Trend zum „hedonistisch-konsumistischen Sozialdarwinismus" um sich: „Nach dem globalen Sieg der Marktwirtschaft hat jenes Prinzip, demzufolge der Stärkere sich durchsetzt und das Schwache auf der Strecke bleibt, noch an Plausibilität gewonnen. Der aktuelle Rechtsextremismus beruht auf einer Brutalisierung, Ethnisierung und Ästhetisierung alltäglicher Konkurrenzprinzipien." (Menschik-Bendele/Ottomeyer 1998, 303)

Sozialdarwinismus fällt nicht vom Himmel, wurzelt vielmehr in der Erfahrungswelt einer Jugend, die durch das kapitalistische Leistungsprinzip, die Allgegenwart des Marktmechanismus und den Konkurrenzkampf jeder gegen jeden geprägt wird (Kühnl 2001, 32 f.). Rivalität fungiert als Haupttriebkraft einer zerklüfteten, zunehmend in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft. „Die sozialdarwinistische Alltagsphilosophie, die damit einhergeht, erzeugt eine unauffällige, sich von direkter Gewalt fernhaltende und als ‚Sachzwang' der Ökonomie erscheinende Brutalität." (Klönne 2001, 266) Wo die Umverteilung von unten nach oben mit dem Hinweis auf sozialökonomische Globalisierungsprozesse – als für die Sicherung des „eigenen Wirtschaftsstandortes" nützlich, ja unbedingt erforderlich – legitimiert wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungstendenzen stützt.

Je enger die Verteilungsspielräume einer Gesellschaft werden, desto mehr wächst die Versuchung, sogenannte Randgruppen von bestimmten Ressourcen auszuschließen. Ethnisierung ist ein dafür geeigneter Exklusionsmechanismus, der Minderheiten konstruiert, diese negativ (z.B. als „Sozialschmarotzer") etikettiert und damit eigene Privilegien zementiert (vgl. Bukow 1996). Vordergründig geht es bei der Ethnisierung um die „kulturelle Identität"; dahinter stecken aber handfeste Interessenkonflikte. Durch die Stigmatisierung „der Anderen" wird die Konstituierung und Konturierung einer nationalen, „Volks-" bzw. „Standortgemeinschaft" überhaupt erst möglich.

Globalisierung, als „Gegenreform" (Jörg Huffschmid) zum Projekt sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit ins Werk gesetzt, führt zu diversen Spaltungen. Genannt seien hier nur:

- eine soziale Polarisierung innerhalb der und zwischen Gesellschaften;
- die Herausbildung einer Doppelstruktur der Armut ("underclass" und „working poor");
- die Aufspaltung des Prozesses transnationaler Wanderungen in Experten- bzw. Elitenmigration einerseits und Elendsmigration andererseits (Butterwegge/Hentges 2000);
- Krise bzw. Zerfall der Städte, bedingt durch Marginalisierung und sozialräumliche Segregation (Dangschat 1999).

Außerdem bewirkt die neoliberale Modernisierung eine *Umstrukturierung* bzw. eine politisch-organisatorische wie ideologische *Zweigleisigkeit* des Rechtsextremismus, der nunmehr in einen traditionalistischen und einen modernistischen Flügel zerfällt. Ersterer zieht Globalisierungs- bzw. Modernisierungsverlierer, die Angst vor einem „Turbo-Kapitalismus" (Edward N. Luttwak) haben, letzterer Globalisierungs- bzw. Modernisierungsgewinner, die den gegenwärtigen „Umbau" des Wohlfahrtsstaates nach Marktgesetzen forcieren und die soziale Ausgrenzung der weniger Leistungsfähigen intensivieren wollen, in seinen Bann. Mischformen in Gestalt rechtspopulistischer Parteien wie der FPÖ suchen soziale Aufsteiger ebenso anzusprechen wie sozial Benachteiligte (Decker 2000).

Nicht mehr der mythisch-völkische, sondern ein modernisierter, neoliberal bzw. marktradikal orientierter Nationalismus ist dafür die ultrarechte

Szene künftig auch eine Orientierung. Während die Alte Rechte auf Traditionsbewusstsein, überkommene Werte und den Mythos des Reiches setzt, baut die sogenannte Neue Rechte auf Innovationsbereitschaft, Flexibilität und den Mythos des Marktes. Neben einer „antiliberale(n) Grundhaltung" à la Carl Schmitt (Gessenharter 1989, 432) ist für die Neue Rechte eine wirtschaftsliberale Grundhaltung à la Adam Smith typisch (vgl. auch Benoist 1999, 59). Die extreme Rechte hat einen wirtschafts- und sozialpolitischen Paradigmawechsel vollzogen: der Protektionismus wird durch Freihandel bzw. einen Marktfundamentalismus (vgl. Schui u.a. 1997), die Zentralisierung der Staatsmacht durch Privatisierung und die „Volksgemeinschaft" durch die „Standortgemeinschaft" ersetzt. Nicht mehr der „starke Mann", sondern der „freie Markt" gilt als Retter der Wirtschaft; nicht mehr der „starke", sondern der „schlanke Staat" ist gefragt, was jedoch eine Ausweitung staatlicher Repressionsapparate und Kontrollbürokratien keineswegs ausschließt (Butterwegge 1999). Wilhelm Heitmeyer (2001, 500) vertritt denn auch die These, „daß sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so daß neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden."

Renationalisierung der Politik

Neben den ökonomischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die im Zuge der Globalisierung eine neue Gestalt annehmen, prägt die politische (Un-)Kultur eines jeden Landes seine extreme Rechte, deren Ideologie, Organisationsstruktur und Führerpersönlichkeiten, aber auch die Art und Weise, wie ihnen demokratische Kräfte begegnen. Erblasten der politischen Kultur in Deutschland waren und sind zum Teil noch immer: ein ausgeprägtes Freund-Feind-Denken, die Fixierung auf Staat (Etatismus) und Obrigkeit (Untertanenmentalität), politischer Konformismus und Harmoniekult, Autoritarismus und Antipluralismus, Antiintellektualismus und Irrationalismus, ein Hang zum (rechtlichen) Formalismus, preußische Ordnungsliebe sowie eine Schwäche für militärische Disziplin (Greiffenhagen/Greiffenhagen 1993).

Die deutsche Vereinigung von 1990 hat den Nationalismus wieder zu einer relevanten politischen Größe gemacht. Nun bekamen Kräfte spürbar Auftrieb, denen „das Nationale" immer schon mehr als „das Soziale" am Herzen gelegen hatte. Zwar konnten REPublikaner, DVU und NPD von dem „Jahrhundertereignis" wenig profitieren, sondern eher die Unionsparteien; als eigentliche Sieger fühlten sich aber jene, die nach „Mitteldeutschland" nun auch die ehemaligen Ostgebiete des sogenannte Dritten bzw. Großdeutschen Reiches „heimholen" wollten. Wiewohl es nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik weder hüben noch drüben einen „Nationalrausch" (Wolfgang Herles) gab, hat eine partielle Renationalisierung der Politik und der politischen Kultur stattgefunden (Dietl u.a. 1998;

Jäger u.a. 1998; Jäger/Jäger 1999). Die am 20. Juni 1991 getroffene Entscheidung des Parlaments, in das Reichstagsgebäude nach Berlin überzusiedeln, wurde zumindest in Teilen der Öffentlichkeit als Distanzierung von der „Bonner Republik", als definitive Abkehr von der Westorientierung und längst überfällige „Rückbesinnung auf die Nation" interpretiert. Seitdem nicht mehr zwei miteinander verfeindete Teilstaaten existieren, erscheint Deutschland wieder als politisches Kollektivsubjekt (etwa bei Baring 1999), das „selbstbewusst" handeln soll und seinen Bürger und Bürgerinnen mehr Leistungsbereitschaft bzw. Leidensfähigkeit abverlangen muss (siehe Schwilk/Schacht 1994).

Politisch-kulturelle Traditionen entscheiden mit darüber, auf welche Art eine Wirtschaftskrise oder eine gesellschaftliche Umbruchsituation, kollektiv „verarbeitet" werden. Sofern ausgrenzend-aggressive Momente in der politischen Kultur eines Nationalstaates dominieren, werden die gesellschaftlichen Verteilungskämpfe zu Abwehrgefechten der Einheimischen gegen „Fremde" und zu interkulturellen Konflikten hochstilisiert. Die 1991/92 extrem zugespitzte Asyldebatte hat nicht nur dem Grundrecht selbst geschadet, sondern auch die Verfassung und die demokratische Kultur der Bundesrepublik lädiert.

Und zur Erinnerung: Obwohl im Rahmen des Asylkompromisses zwischen CDU/CSU, FDP und SPD angekündigt, blieb die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das sich immer noch auf die völkische Abstammungslehre des „deutschen Blutes" (ius sanguinis) stützt, bis zum Regierungswechsel im Herbst 1998 aus und wurde wegen veränderter Mehrheiten im Bundesrat anschließend nur halbherzig verwirklicht. Ausschlaggebend dafür war die Unterschriftensammlung von CDU und CSU gegen den „Doppelpass" (gemeint ist die Tolerierung der doppelten Staatsbürgerschaft) vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999. Die vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) initiierte und zusammen mit dem damaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble sowie Roland Koch, dem CDU-Spitzenkandidaten in Hessen, organisierte Kampagne ließ eine politische Arbeitsteilung bzw. Doppelstrategie der beiden Schwesterparteien erkennen: „Die CSU sprach mit populistischen Parolen gegen kriminelle Ausländer und Terroristen ‚das Volk' an, die CDU begegnete danach den Vorwürfen, die Aktion sei ausländerfeindlich, mit der Beteuerung, alles geschehe im Namen der Integration, also irgendwie auch zum Wohle der Ausländer." (Klärner 2000, 94) Dem hatte die rotgrüne Koalition nichts entgegenzusetzen, weil sie ihr ursprüngliches Reformziel nicht offensiv verteidigte und auf eine breite Mobilisierung für die grundlegende Modernisierung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts verzichtete.

Gudrun Hentges (2001, 65) erklärt die Brisanz und Resonanz der im Oktober 2000 von der CDU lancierten „Leitkultur"-Diskussion mit dem Zeitpunkt, zu welchem sie geführt wurde: „Ein Jahrzehnt nach der Auflösung des sozialistischen Staatensystems und der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich die Frage nach der ‚selbstbewußten

Nation' neu – nicht nur in der sog. Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sondern auch im Bereich der Ausländer- und Asylpolitik."

Gegenwärtig scheint es so, als würden die Themen der Rechten zu Themen der politischen Mitte: Beispiele für eine Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer, politischer sowie ökonomischer Prozesse belegen, dass sich dieser Prozess quer durch das etablierte politische und öffentliche Gefüge hindurchzieht (vgl. Butterwegge/Häusler 2001). Wie man ungewollt rechte Gewalt legitimiert, demonstrierte die Kontroverse über das Bekenntnis des CDU-Generalsekretärs Meyer im *Focus* (v. 30.10.2000), er sei „stolz, Deutscher zu sein". Weit über das ultrarechte Spektrum hinaus dominierte in der Debatte die Auffassung, Deutschsein verlange einen entsprechenden Nationalstolz wie zu Zeiten des Kaiserreiches oder des NS-Regimes.

Zuwanderung und Demografie am „Wirtschaftsstandort D" – nationale Bevölkerungspolitik?

Von der Leitkultur-Diskussion führte ein gerader Weg zur Nationalstolz-Debatte, wie schon von der Asyldiskussion zur Standortdebatte, die Mitte der 90er Jahre das Einfallstor für eine neue Spielart des Nationalismus darstellte (Butterwegge 1998). War zuerst die Befürchtung geschürt worden, Ausländer nähmen „den Deutschen die Arbeitsplätze" weg, so entstand nun der Eindruck, das deutsche Kapital wandere ins Ausland ab (Titelzeile auf von „Bild" am 6. Oktober 1999: „Hochsteuerland Deutschland: Haut Daimler ab in die USA?"), was ähnliche Ängste hervorrufen musste.

Das verbreitete Bewusstsein, auf den internationalen Märkten im Wirtschaftskrieg einer Welt von Feinden gegenüberzustehen und durch „deutschen Erfindungsgeist", Fleiß und Opferbereitschaft die Überlegenheit des „eigenen" Wirtschaftsstandortes demonstrieren zu müssen, nenne ich *Standortnationalismus*. Damit avanciert Konkurrenzfähigkeit zum Dreh- und Angelpunkt, was nicht ohne Rückwirkungen auf das gesellschaftliche Klima und die politische Kultur der Bundesrepublik bleibt: „Die Betonung des ökonomischen Nutzenkalküls sieht nicht nur von schlichten mitmenschlichen Verpflichtungen ab, sie grenzt auch all jene aus, die uns tatsächlich oder vermeintlich nur zur Last fallen." (Schäfer 1993, 88)

Die im Februar 2000 durch Gerhard Schröders GreenCard-Initiative auf der Computermesse CeBIT angestoßene Zuwanderungsdebatte stand ganz im Zeichen zweier Argumentationslinien:
Erstens: Deutschland benötige hoch qualifizierte Arbeitsmigrant(inn)en, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederzuerlangen; Zweitens: Junge, möglichst kinderreiche Migrant(inn)en könnten die negativen Folgen des demografischen Wandels abmildern und eine völlige „Vergreisung" der Bundesrepublik verhindern.

Die seither in den Medien immer lauter erörterte Frage „Nutzen uns die Zuwanderer oder nutzen sie uns aus?" (Beckstein, CSU) beruht auf nationalistischen und rassistischen Prämissen, welche der gleichzeitig offiziell

proklamierten Weltoffenheit des „Standorts D" eigentlich Hohn sprechen. Sie grenzt ein nationales Kollektiv, die deutsche „Wir"-Gruppe, „den Anderen" bzw. „den Fremden" gegenüber ab. In der Diskussion über die GreenCard wurde erstmals wieder nach 1945 explizit das „deutsche Interesse" artikuliert, wobei jedoch weniger *völkische* als vielmehr *standort*nationalistische Positionen hervortraten. Im Herbst 2001 hat der SPD-Innenminister Otto Schily vor diesem Hintergrund einen Zuwanderungs-Entwurf vorgelegt, der grundsätzlich kritisiert wird (vgl. u.a., Prantl 2001), nun aber mit den Debatten über „Terrorismusabwehr" und „Innere Sicherheit" zu einem zentralen Thema des Bundeswahlkampfs 2002 avanciert.

Mit der verbreiteten Angst vor „Überfremdung" durch Menschen anderer „Rasse", Herkunft oder Kultur korrespondiert die Sorge um Deutschland, seine Zukunft als stärkste Wirtschaftsmacht Europas und das deutsche Volk als größter Ethnie der Alten Welt. Für die extreme Rechte steht Deutschland das Abendland aufgrund vermehrter Migration im Zeichen der Globalisierung und seiner „Vergreisung", das heisst des als krisenhaft bzw. katastrophisch interpretierten demografischen Wandels, vor dem Untergang. Unter dem Titel „Die Deutschen – ein sterbendes Volk" klagt *Nation und Europa*, ältestes Periodikum des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: „Das deutsche Volk ist in seiner biologischen und kulturellen Existenz auf das schwerste bedroht. Der extreme Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975, der seitdem weiter andauert, führte zu Jahrgangsstärken, die zu einem Drittel unter denen der Elterngenerationen liegen. (...) Die Todesspirale unseres Volkes dreht sich in immer schnellerer Folge." (Rheingans 2000, 20)

Kassandrarufe, düstere Prognosen und Horrorszenarien demokratischer Politiker und liberaler Presseorgane im Hinblick auf den Niedergang Deutschlands bzw. das Schicksal des deutschen Volkes häufen sich gleichfalls. Teilweise klagen dieselben Kreise, die während der Asyldiskussion zu Beginn der 90er Jahre noch lauthals „Das Boot ist voll!" gerufen und Zuwanderung mit dieser Begründung abgelehnt hatten, in einem menschenleeren Land könne niemand mehr die Renten der alten Leute aufbringen. So behandelte das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die Kontroverse zur Einwanderung am 23. Oktober 2000 unter der eine Nazi-Parole zynisch ins Gegenteil wendenden Überschrift „Raum ohne Volk". Und die rheinische Boulevardzeitung *Express* fragte zur selben Zeit im Stil rechtsextremer Gazetten: „Sterben die Deutschen (bald) aus?"

Da sich Artikel unter Titeln wie „Die Alten-Republik: Land ohne Kinder" (*Woche* v. 27.4.2001) oder „Land ohne Leute" (*Zeit*-Dossier v. 10.5.2001) häufen, wandert der ultrarechte Demografie-Diskurs immer mehr in die politisch-publizistische Mitte. Umgekehrt berufen sich rechtsextreme Gazetten ihrerseits auf die Berechnungen liberal-bürgerlicher Medien, um ihre absurden Behauptungen seriös erscheinen zu lassen. Exemplarisch sei hier nur die Parteizeitung *Der Republikaner* genannt, in deren Heft 2-3/2001 es unter der Überschrift „Rot-grüne ‚Rentenreform': Deutsche Kinder unerwünscht?" und nach ausführlichen Zitaten aus der

Zeit heißt es: „In einer Zeit, in der von morgens bis abends die demographische Misere der Deutschen beklagt wird, beschließt die rot-grüne Mehrheit im Bundestag eine Rentenreform, die auf eine Bestrafung von Kindern hinausläuft. Die Folge wird sein, daß noch weniger deutsche Paare Kinder bekommen werden. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht genau dies gewünscht ist. Die Rechnung der rot-grünen Gesellschaftsingenieure: Je weniger deutsche Kinder auf die Welt kommen, desto mehr Zuwanderer können ins Land strömen."

Die von Jürgen Rüttgers (CDU) im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf des Jahres 2000 bezüglich der GreenCard-Regelung ausgegebene, von den REPublikanern auf ihre Wahlplakate übernommene Parole „Kinder statt Inder" zieht sich wie ein roter Faden durch Diskussionen über eine Kehrtwende in der Familien- und eine Rückkehr zur „aktiven Bevölkerungspolitik" (Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber). Unter der Überschrift „Kinder als Schicksal" verlieh die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* am 14. Januar 2000 ihrer Überzeugung Ausdruck, dass Immigration den Geburtenrückgang nicht stoppen könne: „Massive Zuwanderung zwecks Rentenabsicherung ist zwar originell, aber mit seriösen ökonomischen Argumenten nicht zu begründen. Stattdessen schweigt die politische Klasse zum eigentlichen Thema: wie die Deutschen schlicht ermutigt werden können, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen."

Ein halbes Jahr später erschien die liberale Wochenzeitung *Zeit* mit der Titelschlagzeile „Kinder, Kinder!" Auf dem Höhepunkt der medialen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, dessen Publizistik sich schon seit Jahrzehnten um die Zukunftsfähigkeit des „deutschen Volkes" sorgt und für eine „familienpolitische Großoffensive" wirbt, stellte Susanne Mayer (2000) in einem Leitartikel Überlegungen an, wie die Geburtenrate *der Deutschen* durch staatliche Maßnahmen zu steigern wären. Eine pronatalistische Sozial- und Familienpolitik klagte Mayer auch in dem Leitartikel „Die betrogene Familie" vom 1. Februar 2001 ein, der sich seiner Diktion, hysterischen Aufgeregtheit und alarmistischen Beschwörungsformeln nach kaum mehr von entsprechenden Beiträgen in rechtsextremen Publikationsorganen unterscheidet, zumal diese aus taktischen Gründen bei ihren Formulierungen eher Zurückhaltung üben. Dass „Kinderarmut", die es zunehmend auch wieder in der Bundesrepublik gibt (Butterwegge 2000), nicht mehr als soziale Notlage junger Menschen, sondern als „Mangel an (deutschen) Kindern" begriffen und zum Hauptproblem der Gesellschaft emporstilisiert wird, erinnert gleichfalls an ultrarechte Gazetten. „Kindermangel", meint Mayer (2001), bedrohe die „Substanz des Staates". Sie fragt weiter: „Woher sollen die Ärzte, die Ingenieure, die Wissenschaftler, die Lehrer und Computerfachleute kommen, um unserem Land eine Zukunft zu geben? Aus dem Internet? Wollen wir nur noch (sic!) Fachkräfte aus der Dritten Welt abwerben?"

Während man die Alten, weil für den „Wirtschaftsstandort D" nicht mehr produktiv, in der öffentlichen Meinung herabsetzt und das Alter entwertet wird (Guha 2000), erhalten (deutsche) Kinder nicht nur in *ultrarechten*

Medien einen Kultstatus und Familien geradezu Fetischcharakter. Susanne Mayer (2001) möchte den „Notfall", dass „immer mehr Frauen und Männer (...) einfach keine Kinder mehr (bekommen)", durch weitere Steuerfreibeträge für Familien (Umwandlung des Ehegatten- in ein Familiensplitting, das besonders kinderreiche Spitzenverdiener begünstigen würde) bekämpfen. Außerdem sollen Strafabgaben für Kinderlose eingeführt und die Renten gekürzt werden. So spielt man Alt und Jung in demagogischer Weise gegeneinander aus, statt das Wohlstandsgefälle *innerhalb aller* Generationen zu problematisieren.

Es ist zu erwarten, dass der Diskurs über den Geburtenrückgang, angeblich fehlende (deutsche) Kinder und die negativen Auswirkungen für den „Wirtschaftsstandort D" das System der sozialen Sicherung die mediale Öffentlichkeit künftig noch stärker beeinflussen wird. Er birgt die Gefahr einer weiteren Verquickung bzw. Überlappung rechtsextremer Parolen und etablierter Positionen der „Mitte" in sich. Politiker demokratischer Parteien und Medien liefern regelrechte Traumvorlagen für Rechtsextremisten, die mit ihrem Werben für eine pronatalistische Familienpolitik bzw. eine nationale Bevölkerungspolitik wiederum Druck auf die etablierten Parteien ausüben und das öffentliche Klima noch mehr vergiften.

Literatur

Baring, Arnuef, 1999: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland! Stuttgart

Bott, Dieter, 1993: Jugend und Gewalt. In: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Heft 2

Bukow, Wolf-Dietrich, 1996: Feindbild: Minderheit. Ethnisierung und ihre Ziele. Opladen

Butterwegge, Christoph, 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion. Darmstadt

Butterwegge, Christoph, 1998: Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus – die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten. In: ders./Rudolf Hickel/Ralf Ptak, Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie. Berlin. Ders.: Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat. Widerspruch H. 38, 2. Aufl., Zürich

Butterwegge, Christoph, 1999: Von der „Vaterlandsliebe" zur Sorge um den Wirtschaftsstandort. Metamorphosen nationaler Mythen im vereinten Deutschland. In: Ders./Gudrun Hentges (Hg.), Alte und Neue Rechte an den Hochschulen. Münster

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Sarigöz, Fatma (Hg.), 1999: Medien und multikulturelle Gesellschaft. Opladen

Butterwegge, Christoph (Hg.), 2000 (2. Aufl.): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Frankfurt am Main/New York

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hg.), 2000: Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. Opladen

Butterwegge, Christoph, 2001 (3. Aufl.): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik. Opladen

Butterwegge, Christoph/Häusler, Alexander, 2001: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Rechtsextreme Einflüsse auf Debatten zu Migration, Integration und multikulturellem Zusammenleben. Medienexpertise im Auftrag der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) (dort erhält-

lich: Helmholtzstr. 28, D-40215 Düsseldorf; E-Mail: LAGA-NRW@t-online.de bzw. www.LAGA-NRW.de)
Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun, 2001: „Ausländer und Asylmissbrauch" als Medienthema: Verantwortung und Versagen von Journalist(inn)en, in: Christoph Butterwegge/ Georg Lohmann (Hg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Opladen (2. Aufl.)
Dangschat, Jens S. (Hg.), 1999: Modernisierte Stadt – gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen
Decker, Frank, 2000: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien. Opladen
Dietl, Andreas/Möller, Heiner/Vogel, Wolf-Dieter, 1998: Zum Wohle der Nation. Berlin
Dörre, Klaus, 2001: Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus? In: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt am Main
Gessenharter, Wolfgang, Fröchling, Helmut (Hrsg.)1998: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Opladen
Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia, 1993: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. München/Leipzig
Guha, Anton-Andreas, 2000: Von der Entwertung des Alters. Einige unsystematische Anmerkungen zu einem schwierigen Problem. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Nr. 150
Heitmeyer, Wilhelm, 2001: Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen. In: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien. Frankfurt am Main
Hentges, Gudrun, 2001: Die Büchse der Pandora. Deutsche Leitkultur und nationale Interessen. In: Ulrich Schneider (Hg.), Tut was! Strategien gegen Rechts. Köln
Jäger, Siegfried/Kretschmer, Dirk/Cleve, Gabriele/Griese, Birgit/Jäger, Margret/Kellershohn, Helmut/Krüger, Coerw/Wichert, Frank, 1998: Der Spuk ist nicht vorbei. Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der Gegenwart. Duisburg
Jäger, Margret/Jäger, Siegfried, 1999: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens. Berlin
Kinner, Klaus / Richter, Rolf (Hrsg.), 2000: Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen. Berlin
Klärner, Andreas, 2000: Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Köln
Klönne, Arno, 2001: Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus", in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Opladen (2. Aufl.)
Kühnl, Reinhard, 2001: Nicht Phänomene beschreiben, Ursachen analysieren. Zum Problem der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ulrich Schneider (Hg.), Tut was!, Strategien gegen Rechts. Köln
Mayer, Susanne, 2000: Kinder, Kinder! – Die Zahl der Deutschen fällt rapide. Noch immer fehlt eine Familienpolitik. In: Die Zeit v. 14.8., Hamburg
Mayer, Susanne, 2001: Die betrogene Familie. Demografischer Irrsinn: Die Regierung hat die Kinder vergessen. In: Die Zeit v. 1.2., Hamburg
Mecklenburg, Jens, 1999: Bestandsaufnahme und Perspektiven des Rechtsextremismus. In: ders. (Hg.), Was tun gegen Rechts? Berlin
Menschik-Bendele, Jutta/Ottomeyer, Klaus, 1998: Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehung und Veränderung eines Syndroms. Opladen
Prantl, Heribert, 2001: Spektakulär in die falsche Richtung. Süddeutsche Zeitung v. 6. September, München

Rheingans, Uwe, 2000: Die Deutschen – ein sterbendes Volk. In: Nation und Europa 11-12
Schäfer, Gert, 1993: Ausländerfeindliche Topoi offizieller Politik. In: Wolfgang Kreutzberger u.a., Aus der Mitte der Gesellschaft – Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main
Schubarth, Wilfried / Stöss, Richard (Hrsg.), 2001: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen
Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk, 1997: Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München
Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hg.), 1994 (2. Aufl.): Die selbstbewußte Nation. „Anschwellender Bocksgesang" und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte. Berlin/ Frankfurt am Main

KLIO

KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.

Geschichte

Philosophie

Germanistik

Alte Sprachen

Soziologie

Politologie

Ethnologie

Religion

Kommunikation

Belletristik

Geistes- und sozialwissenschaftliche Buchhandlung mit fachspezifischen Dienstleistungen und umfangreichem Sortiment

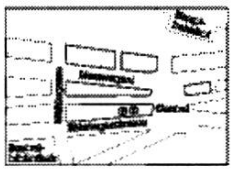
Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal

An- und Verkauf antiquarischer Bücher

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1

www.klio-buch.ch



Tel. 01 251 42 12
Fax 01 251 86 12